

# Vorteile von Futterleguminosen beleuchtet

**WEITERBILDUNG** Wilhelm Wurth vom Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg (LAZBW) berichtete zum Auftakt des BLHV-Winterprogramms über standortangepasste Arten und Mischungen von feinsamigen Futterleguminosen sowie optimalen Anbau und ökonomische Vorteile.

Futtermittelimporte geraten zunehmend in die Kritik, außerdem werden sie immer teurer. Die zunehmende Trockenheit führt dazu, dass Futterverfügbarkeitslücken im Grünland entstehen. Feinsamige Futterleguminosen wie Luzerne und

Rotklee können eine Lösung sein.

Denn die ökonomischen Vorteile sind in Anbetracht der aktuellen Eiweißfutterpreise wirklich erheblich (siehe Tabelle). Zudem muss der Vorfruchtwert mit eingerechnet werden, der

Um feinsamige Futterleguminosen wie Luzerne und Rotklee (Bild) ging es bei der ersten Veranstaltung des BLHV-Winterprogramms.

Bild: agrar-press



Kostenvorteil (Euro/ha) *		
Sojapreis	Rotkeegras (5 Schnitte) günstiger Standort	Luzernegras (4 Schnitte) günstiger Standort
Sojapreis 50 Euro/dt	522**	435**
Sojapreis 60 Euro/dt	786**	656**
Sojapreis 70 Euro/dt	1050**	876**

\*von Rotklee- bzw. Luzernegras durch höheren Eiweißgehalt gegenüber Silomais in Abhängigkeit vom Sojapreis

\*\*Energieausgleich mit Futtergerste 28,50 Euro/dt (Tabelle Wilhelm Wurth, LAZBW)

Einsparungen an der N-Düngung im folgenden Jahr zulässt. Auch hier lässt sich bei den aktuellen Düngerpreisen einiges sparen. Wenn beispielsweise 100 kg N/ha der Folgekultur zur Verfügung stehen, sind das bei 2,50 €/kg N insgesamt 250 €/ha N-Düngerwert im ersten Jahr.

Im Anschluss wurde über verschiedene Standorte gespro-

chen, welche Leguminosen sich bei trockenen und welche bei feuchten Standorten eignen. Danach wurden die Vor- und Nachteile von Reinsaat und Mischungen verdeutlicht.

Auch über die Auswirkungen des Klimawandels berichtete Wurth: Trockenheitsresistentere Sorten müssten sowohl im Reinsaat als auch in den Mischun-

## Kommentar

### Habeck erschüttert Erneuerbare

Können Sie sich noch an die Zusage von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck im Februar erinnern, dass die Erhöhung von EEG-Sätzen des Osterpaketes rückwirkend gelten werden? Niemand brauche mit



Hubert God

Inbetriebnahme seiner neuen Photovoltaik-(PV-)Anlage abzuwarten, versprach Habeck. Wer sich auf das Versprechen verlassen hatte, wurde bereits Ende Juni jäh enttäuscht. Die Einspeisesätze für neue PV-Dachanlagen stiegen erst am 30. Juni. Die Koalitionäre hätten die versprochene Rückwirkung halt nicht mitgetragen, ließ das Bundeswirtschaftsministerium auf Nachfrage wissen. In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung angekündigt, in den Markt eingreifen zu wollen zur Entlastung der

Bürger und der Wirtschaft von den exorbitant gestiegenen Gas- und Strompreisen. In den Medien war davon die Rede, dass „Übergewinne“ der großen internationalen Mineralölkonzerne und der Kohle- und Kernkraftindustrie mit Milliar-

dengewinnen abgeschöpft werden sollten. Die EU hat sich rasch demselben Ziel des Abschöpfens verschrieben.

Der Gesetzesvorschlag zur Strompreispbremse aus dem Hause Habeck will nun vor allem den heimischen EEG-Anlagenbetreibern einen Teil des am Spotmarkt erlösten Stromgeldes wegnehmen. Es geht um 90 Prozent der angeblich unerwartet „zugefallenen“ Zahlungen, die um mehr als drei Cent über die gesetzlichen Einspeisesätze beziehungsweise den anzulegenden Wert hinausgehen. Dies rückwirkend

ab 1. März machen zu wollen, ist mehr als dreist. Juristen halten das für verfassungswidrig. Und Biogasbetriebe überlegen bereits, die Gaserzeugung schnell herunterzufahren, wenn der Strompreis auf 18 Cent je Kilowattstunde gedeckelt werden sollte.

Jeder vierte Hausbesitzer will in PV investieren. Mit einem Boom kleiner Eigenverbrauchsanlagen, der den Handwerkermarkt absorbiert, ist der Wandel aber nicht zu schaffen. Gleichsam nach dem römischen Prinzip „Brot und Spiele“ werden für Elektroautos und kleine PV-Anlagen, die sonst völlig unwirtschaftlich wären, generöse Geldgeschenke gemacht in Form von Steuerbefreiungen und Eigenverbrauchsprivilegien.

Kaum hat das neue EEG gigantische Ausbauziele für die Erneuerbaren postuliert, muss man ernüchert feststellen, dass die Regierung mit der „Strompreispbremse“ vor allem bei den

Betreibern mittlerer und großer EEG-Anlagen sehr viel Geld herausfordern will. Ausgerechnet!

Der Strommarkt ist weiterhin auf große und mittelgroße Akteure der Solar-, Wind- und Biogasbranche dringend angewiesen. Ob diese Akteure in den nächsten Jahren weiter investieren wollen in neue Anlagen, ist eine Frage des Geldes, der Standards und vor allem des Vertrauens. Eine Inflationsrate von zehn Prozent lässt den Wert von 20-jährigen gesetzlichen Einspeisevergütungen wegschmelzen wie warmer Regen den Schnee.

Das Belassen üppiger Gewinne würde Investoren helfen, hochschnellende Investitionskosten, Zinsen und Standards wegzustecken. Die Bundesregierung sollte das Zukunftsvertrauen der Erneuerbare-Energien-Branche nicht erschüttern. Die Koalitionäre sollten auch jetzt die Rückwirkung nicht mittragen. □